

PRESSESTIMMEN

UKRAINE-KRIEG

Frankfurter Allgemeine

„Sanktionen“ Mit ihrem sechsten Sanktionspaket zielt die EU nun direkt auf das Geschäftsmodell des Putin-Regimes. Der absehbare Verzicht auf russisches Öl trifft Moskau hart, denn die Einnahmen daraus sind eine der wesentlichen Stützen der russischen Wirtschaft. Aber man sollte auch bei diesem Sanktionspaket nicht erwarten, dass es schnell Auswirkungen auf das Kriegsgeschehen hat.

FAZ, Frankfurt

NÜRNBERGER

Nachrichten

„Einigkeit“ In der Ukraine ist völlig klar, wer die Guten und wer die Bösen sind. Zum ersten Mal seit Langem erfahren Republikaner und Demokraten wieder eine Art von Einigkeit. Diese Klarheit verträgt kein unbestimmtes Ergebnis. Putin muss verlieren. Jetzt schon liefern 40 Länder Waffen an die Ukraine. Die USA führen diese Koalition an.

De Standaard, Brüssel

KALENDERBLATT



Foto: EPA

DAS GESCHAH AM ...

3. Mai

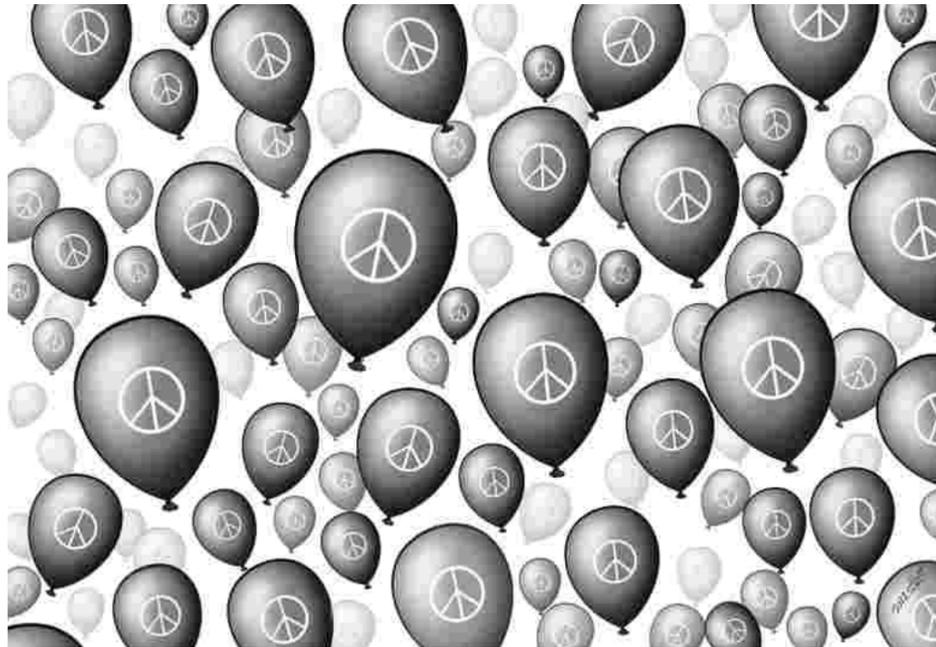
1982: Falklandkrieg: Ein britisches U-Boot versenkt den argentinischen Kreuzer „General Belgrano“ mit 1042 Mann, etwa 900 von ihnen ertrinken.

1997: Nach dem höchsten Wahlsieg in der Geschichte der Labour Party löst Tony Blair (Bild) den konservativen Politiker John Major als Premierminister ab.

2007: Die dreijährige Madeleine, Tochter eines britischen Touristenpaars, verschwindet unter mysteriösen Umständen aus einer Luxus-Ferienanlage im portugiesischen Praia da Luz.

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 11 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



99 Luftballons

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

FRITZ HAUSJELL

Kämpfer für die Pressefreiheit

VON PETER GRUBMÜLLER

Fritz Hausjell wurde 1959 als fünftes von insgesamt sechs Kindern in eine Landwirtschaft in Lenzing hineingeboren. Dass es mit einem Leben als Bauer nichts werden würde, nahmen seine Eltern vorweg, weil der Hof an den ältesten Sohn ging. Allerdings wurde Hausjell einer der profundesten Medienwissenschaftler der Republik, seit 5. April ist der stellvertretende Vorstand des Instituts für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien auch Präsident von „Reporter ohne Grenzen“ Österreich. Gestern präsentierte er den Pressefreiheitsindex.

Das Zeug fürs Gymnasium habe er gehabt, aber dafür hätte er täglich zehn Kilometer nach Vöcklabruck fahren müssen. Insofern genügte Hausjells Eltern die Lenzinger Hauptschule, „weil sechs Kinder auf einem Bauernhof auch sechs Arbeitskräfte bedeuteten“, sagt Hausjell. Nach der Hauptschule absolvierte er die Maschinenbau-HTL, doch er wusste früh, dass er nicht als Techniker arbeiten wollte. Seinen Energien steckte er lieber in die Schülerzeitungen „Senftiegel“ und „Wühlmaus“. Erst seine älteste Schwester hatte Hausjell mit dem Versprechen, ihm ein Moped zu kaufen, dazu motiviert, die Schule auch abzuschließen.

In Salzburg und Wien studierte Fritz Hausjell Publizistik, Kommunikationswissenschaften und Pädagogik. Parallel zum Studium arbeitete er als Journalist beim Wiener Magazin „Extrablatt“ und sammelte unter anderem im Irak Erfahrung als Kriegsberichterstatter. 1985 promovierte Fritz Hausjell, 2003 habilitierte er sich an der Universität Wien.



Seit 5. April ist Fritz Hausjell Präsident von „Reporter ohne Grenzen“.

Foto: Volker Weibold

Seit 24 Jahren ist Fritz Hausjell verheiratet, „mit der gleichen Frau, mit der ich davor schon 20 Jahre lang zusammen war“. Die beiden haben drei Kinder: Der älteste Sohn starb 1995 an Leukämie. Der zweite Sohn (28) ist Statistiker beim Bundesumweltamt, und die Tochter (25) hat soeben mit ihrem Partner ein Start-up im Bereich „Virtual Reality“ gegründet. „Und wir haben seit vielen Jahren einen Gastsohn“, sagt Hausjell. Er ist ein aus dem Iran geflüchteter Afghane, sein Vater wollte ihn in den Krieg schicken, weil er meinte, er sei vom Glauben abgefallen. Hausjell: „Keine Frage, er gehört zu unseren Kindern.“

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON DIETMAR MASCHER



Mit Abhängigkeit zur Unabhängigkeit?

Die EU-Staaten könnten sich in den nächsten Tagen auf ein Öl-Embargo gegen Russland einigen. Mit Übergangsfristen und möglicherweise mit Ausnahme für besonders betroffene Staaten wie Ungarn oder die Slowakei. Aber dies wäre dann Teil eines weiteren Sanktionspakets gegen den Kriegsherrn Wladimir Putin. Österreich will ein Öl-Embargo mittragen.

Ein Importstopp für russisches Erdöl würde mit großer Wahrscheinlichkeit die Preise treiben, es wäre aber grundsätzlich machbar.

Anders schaut es beim Gas aus. Hier käme ein Embargo aus österreichischer Sicht einem wirtschaftlichen Absturz mit Anlauf gleich.



Ein Öl-Embargo wäre machbar, ein Gas-Embargo aber nicht sehr klug.

Während das Energieministerium von Leonore Gewessler Fragen der Wirtschaft über die Folgen eines Embargos in allen Details unbeantwortet lässt, kann man aufgrund europäischer und deutscher Untersuchungen erahnen, wie gravierend der Einbruch wäre.

Europa plant, die Gasspeicher bis zum nächsten Winter zu 80 bis 90 Prozent zu befüllen, um dann unabhängig von russischem Gas zu sein. Dazu muss aber das russische Gas weiter ordentlich strömen. Gas weiterhin ungehindert zu verbrauchen und einzulagern, sei praktisch nicht möglich.

Deutsche Berechnungen ergeben, dass die großen Gasverbraucher der Industrie (Stahlhütten, Chemieindustrie und Zementwerke) von jetzt bis Ende Juli zusperrten müssten. Dies unter der Voraussetzung, dass private Verbraucher, Krankenhäuser und Gaskraftwerke weiter versorgt werden könnten.

Denn die Alternativen sind auch nur begrenzt. Für die Lieferung von Flüssiggas fehlen die entsprechenden Terminals in den Häfen, aber auch leistungsfähige Gasleitungen. Andere Gasanbieter wie Katar sind durch langfristige Lieferverträge etwa in den Fernen Osten auch nur bedingt lieferfähig.

Wenn man sich vor Augen führt, dass Österreich noch stärker von russischem Gas abhängig ist als Deutschland, kann man sich die massiven Folgen für die gesamte Wirtschaft ausmalen. Daher sollte man mit entsprechenden Drohungen gegenüber Russland vorsichtig sein. Vor allem, wenn man wie Österreich offenbar noch immer keinen Plan hat, wie man im schlimmsten Fall eines vollständigen Lieferstopps reagieren würde.

Wenn man sich vor Augen führt, dass Österreich noch stärker von russischem Gas abhängig ist als Deutschland, kann man sich die massiven Folgen für die gesamte Wirtschaft ausmalen. Daher sollte man mit entsprechenden Drohungen gegenüber Russland vorsichtig sein. Vor allem, wenn man wie Österreich offenbar noch immer keinen Plan hat, wie man im schlimmsten Fall eines vollständigen Lieferstopps reagieren würde.

✉ d.mascher@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Die Rache unseres Anspruchsdenkens

Die Forderungen nach staatlichen Eingriffen zur Inflationsbekämpfung fußen auf der Idee des Geldverteils, um die höheren Kosten zu kompensieren. Dies hat sozialpolitisch seine Rechtfertigung, wenn es zielgenau den untersten Einkommensschichten zugutekommt.

Wird aber darüber hinaus Geld zur Bekämpfung der Inflation eingesetzt, hat es genau die konträre Wirkung – es heizt die Inflation weiter an.

Der Inflationssprung vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine zeigt, dass sich die Wirtschaft bereits in einer globalen Überhit-

zungsphase aufgrund der pandemiebedingten sehr großzügigen Kombination von Geldflut der Notenbanken und staatlichen Konjunkturstützen befand.

Der Krieg in der Ukraine hat nun über die steigenden Energiepreise nochmals alles verschlimmert – alleine daran liegt es aber nicht. Ein inflationärer Preisanstieg ist schlussendlich auch immer Ausdruck eines Ungleichgewichtes von Angebot und Nachfrage.

Inflation kann demnach nachhaltig auch nur über eine Korrektur von Angebot und Nachfrage bekämpft werden. Meist ist es eine Verlangsamung der Wirtschaft,

welche letztendlich eine Phase mit hohen Inflationsraten beendet. Das Abbremsen der Wirtschaft gleicht dann Angebot und Nachfrage auf einem wieder tieferen Preisniveau aus.

Der Ausgleich eines Preisanstieges durch staatliche Zuschüsse ist nun deshalb problematisch, weil dieser Ausgleichsmechanismus verhindert wird. Die Nachfrage würde bei den allermeisten Gütern bei einem starken Preisanstieg sinken. Staatliche Zuschüsse verhindern nun diese natürliche Anpassung der Nachfrage.

Auch Preisdeckelungen sind aus dieser Sicht problematisch, weil

dadurch die Nachfrage unverändert hoch bleibt und damit die Knappheit des Angebotes noch verstärkt wird.

Die Wahrheit ist also, dass der Staat zur Bekämpfung der Inflation nicht mehr, sondern weniger Geld ausgeben müsste, um damit den Wirtschaftsverlauf zu drosseln. Aber wer will schon hören, dass der Staat nicht auf Dauer Wohlstandsverluste komplett ausgleichen kann.

Die hohe Inflation kann deshalb auch als Ausdruck unseres Anspruchsdenkens gegenüber dem Staat (und den Notenbanken) gesehen werden, der in den vergange-

nen Jahren Haushaltsdefizite und Schuldenberge billigend in Kauf genommen hat, ohne die langfristigen Gefahren sehen zu wollen.

Die Inflationswelle ist nun die späte Rache dieser Haltung, welche mehr soziale Kosten zur Folge haben könnte, als eine diszipliniertere Haushaltspolitik je bewirkt hätte.

Die Folgen des von jeder Interessensgruppe jeweils mit Inbrunst geforderten Koste-es-was-es-wolle-Denkens tragen wir nun alle in Form des stillen Wohlstandsverzehrers namens Inflation.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Assetmanagement an der JKU.